

Eine palästinensische politische Perspektive für die Zukunft des Gazastreifens

Die Planung für die Nachkriegszeit hat die palästinensischen politischen Parteien weitgehend ignoriert, die ihre eigene umfassende Vision für die Zukunft des Gazastreifens und Palästinas haben

Samer Jaber, thenewarab.com, 31.01.24

„Wir haben ein Recht auf Demokratie und das Recht, unsere Führungskräfte so zu wählen, wie wir es wollen. Und der Weg zu diesem Tag der Wahlen führt natürlich über die Bildung einer sofortigen einheitlichen palästinensischen nationalen Führung und die Einsetzung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit oder einer Regierung des nationalen Konsenses, die von allen akzeptiert wird, damit sie funktionieren und arbeiten kann. Und ich nenne sie „vorläufig“, weil sie schließlich demokratische Wahlen vorbereiten muss.“

Dr. Mustafa Barghouti, Generalsekretär Palästinensische Nationale Initiative

Bereits im ersten Monat des verheerenden Krieges des Staates Israel begann die Regierung Biden mit der Planung der künftigen Verwaltung des Gazastreifens, wobei sie davon ausging, dass es der israelischen Regierung gelingen würde, die Hamas zu besiegen und die Kontrolle über das belagerte Gebiet zu erlangen. Im Zuge dieser Bemühungen wurde Jake Sullivan, Bidens nationaler Sicherheitsberater, zu einem Treffen mit Vertretern der israelischen Regierung und der Palästinensischen Behörde (PA) entsandt.

Bei seinem Treffen mit Präsident Mahmoud Abbas im Dezember vertrat Sullivan die Auffassung, dass die PA in ihrer derzeitigen Struktur nicht über die Kapazitäten und die Führung verfüge, um den Gazastreifen zu regieren, und dass sie zu diesem Zweck „umgestaltet und wiederbelebt“ werden müsse. Sullivans Position beinhaltete, dass die Palästinensische Autonomiebehörde am „Tag nach dem Krieg“ als Verwaltungsorgan für den Gazastreifen fungieren würde.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat wiederholt die Absicht der israelischen Regierung bekundet, die Hamas zu zerstören und die vollständige Sicherheitskontrolle über den Gazastreifen aufrechtzuerhalten, wobei er jegliche palästinensische Souveränität oder eine Zweistaatenlösung ablehnt. Dies hat Präsident Biden zu der Aussage veranlasst, dass jede neue Besetzung des Gazastreifens ein „Fehler“ wäre.

Die USA haben sich seit Beginn des Krieges durch die Pendelbesuche von Außenminister Antony Blinken aktiv um regionale Unterstützung für ihre Nachkriegsbemühungen in Gaza eingesetzt. Dabei hat die US-Regierung jedoch ausschließlich mit der Palästinensischen Autonomiebehörde verhandelt und die Stimmen der Bewohner des Gazastreifens und anderer palästinensischer politischer Parteien überhört.

Diese Gruppierungen, von denen einige zu den Hauptakteuren gehören, die vor Ort erheblichen Einfluss ausüben, vertreten eindeutige Positionen. Sie lehnen nicht nur die von den USA vorgeschlagene Zukunft für den Gazastreifen ab, sondern haben auch ihre eigene umfassende Vision, die sowohl den Gazastreifen als auch allgemeinere palästinensische politische Fragen umfasst.

Die Zukunft des Gazastreifens und Palästinas

Die meisten palästinensischen politischen Parteien betrachten die Zukunft des Gazastreifens nach dem Krieg vor allem unter zwei Gesichtspunkten. Erstens sehen sie den Gazastreifen als eine innerpalästinensische Angelegenheit an, die von den verschiedenen palästinensischen politischen Kräften gelöst und vom palästinensischen Volk gebilligt werden muss.

Zweitens betonen sie, dass der Gazastreifen untrennbar mit den umfassenderen Zielen der palästinensischen politischen Sache verbunden ist, zu denen auch ein anhaltender Kampf für das Recht auf Rückkehr und nationale Selbstbestimmung gehört.

In einer Fernsehansprache, die Anfang Januar anlässlich des 88. Tages des israelischen Krieges ausgestrahlt wurde, erklärte Ismail Haniyeh, Leiter des politischen Büros der Hamas, dass „die Zukunft des Gazastreifens untrennbar mit der Zukunft der Westbank, einschließlich Jerusalem, verbunden ist“.

Haniyeh zufolge ist die Gruppe bereit, sich an einer nationalen Regierung zu beteiligen, die das besetzte palästinensische Gebiet, sowohl im Gazastreifen als auch in der Westbank, verwalten soll, doch bis zur Bildung einer Einheitsregierung würde der „bestehende Regierungsapparat“ weiterhin den Gazastreifen verwalten.

Der Hamas-Chef rief auch dazu auf, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) auf der Grundlage „demokratischer Prinzipien, die wirklich die Stimmen aller Palästinenser widerspiegeln“, wieder aufzubauen, und betonte, dass eine einheitliche nationale Führung innerhalb der PLO auf den Zielen der Selbstbestimmung, der Eigenstaatlichkeit und des Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge beruhen würde.

Später im Januar wiederholte Haniyeh seine Forderung nach politischer Einheit der Palästinenser und einer reorganisierten PLO, die „alle einschließt“, in einer Rede auf der Konferenz *Freiheit für Palästina* in Istanbul. ¹ Seit dem Ende der ersten befristeten Waffenruhe im Dezember hat die Hamas bekräftigt, dass ein dauerhafter Waffenstillstand eine Vorbedingung für künftige Verhandlungen sei.

Ein Ende des israelischen Krieges

Ihsan Ataya, ein ranghohes Mitglied des *Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ)* im Libanon, und Osama Hamdan, der oberste Hamas-Vertreter im Libanon, betonten in einem Gespräch mit *The*

New Arab, dass das vorrangige Ziel derzeit darin bestehe, den Krieg Israels im Gazastreifen zu beenden, sowie eine dauerhafte Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen und nicht nur einen vorübergehenden Waffenstillstand.

„Wir sind bereit, jeden Vorschlag zu diskutieren, der mit den erklärten Zielen der Hamas und der Widerstandsgruppen übereinstimmt, insbesondere eine umfassende Einstellung des Krieges gegen den Gazastreifen“, sagte Hamdan gegenüber *The New Arab*. „Bis jetzt gibt es keine ernsthaften Vorschläge, die den Opfern und Fähigkeiten des palästinensischen Widerstands entsprechen“.

Die Gruppe wiederholte diese Forderung vor kurzem im Vorfeld der Entscheidung des IGH über die Völkermordklage Südafrikas gegen Israel und erklärte, dass die Hamas die Resolution umsetzen würde, wenn das Gericht einen Waffenstillstand anordnete und der Staat Israel sich ebenfalls daran hielte. Letztendlich hat der IGH die Forderung nach einem Waffenstillstand abgelehnt.

„Es wird keine Verhandlungen über die Freilassung israelischer Gefangener geben, bevor die Feindseligkeiten nicht vollständig eingestellt sind und die israelischen Besatzungstruppen von den Grenzen des Gazastreifens abgezogen sind“, fügte Hamdan hinzu und wies die israelischen Pläne für eine Pufferzone zurück.

Ihsan Ataya vom *Islamischen Dschihad* sagte, der *PIJ* fordere eine „vollständige Beendigung der Aggression, nicht nur einen vorübergehenden Waffenstillstand“.

Im Dezember hatte Ägypten einen Vorschlag zur Beendigung des Krieges unterbreitet, der den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen, die Freilassung aller israelischen Gefangenen im Gegenzug für eine nicht näher bezeichnete Anzahl palästinensischer Gefangener und die Einsetzung einer technokratischen palästinensischen Regierung im Gazastreifen vorsah.

Ataya sagte, der Vorschlag habe „allgemeine Ideen und Prinzipien für Diskussionen“ enthalten, sei aber nie offiziell von Ägypten bekannt gegeben worden und wurde nun Berichten zufolge auf Eis gelegt, ohne dass seine Einzelheiten veröffentlicht wurden.

Palästinensischer Konsens

In einer Stellungnahme, die nach einem Treffen der zentralen Führung der Allianz der palästinensischen Fraktionen – zu der die Hamas, der Islamische Dschihad, die Fatah al-Intifada, As-Sa'iq'a und das Generalkommando der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP-GC) gehören – am 28. Dezember in Beirut herausgegeben wurde, erklärte die Koalition, sie sei sich in ihrer Haltung zum Krieg einig.

Dazu gehörten die Beendigung der israelischen Militäroperation, der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen, die Zulassung humanitärer Hilfe und ein Austauschabkommen auf der Grundlage „alles für alles“ – alle israelischen Gefangenen für alle palästinensischen Gefangenen.

Die Fraktionen nahmen auch die USA für ihre Rolle bei der militärischen und politischen Unterstützung des Staates Israel in die Verantwortung.

„Die Zukunft des Gazastreifens ist untrennbar mit der Zukunft Palästinas verbunden. Die derzeitige Priorität besteht darin, den andauernden israelischen Krieg zu stoppen, der als Versuch gesehen wird, die palästinensische Sache zu beseitigen“, erklärte Leila Khaled, eine führende Vertreterin der *Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)*, gegenüber *The New Arab*.

Die palästinensischen Gruppierungen werden ihren militärischen Widerstand fortsetzen, bis der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen und ein Austauschabkommen auf der Grundlage der Formel „alle für alle“ der al-Qassam-Brigaden umgesetzt ist, fügte sie hinzu.

Auf die Frage nach Vorschlägen für die Zukunft des Gazastreifens, die in den Medien kursieren, sagte Khaled, die *PFLP* lehne die Auferlegung von „Sicherheits- und Verwaltungsvereinbarungen durch imperiale Mächte und ihre Kollaborateure“ ab. Die Verwaltung des Gazastreifens werde von den palästinensischen Gruppierungen bestimmt und vom palästinensischen Volk gebilligt, fügte sie hinzu.

„Die *PFLP* sieht die Zukunft des Gazastreifens in Partnerschaft mit den anderen palästinensischen Widerstandsgruppen als Teil des umfassenderen Kampfes für die nationale Selbstbestimmung der Palästinenser und die Verwirklichung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden.“

Die *Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)* betonte in einer Erklärung gegenüber *The New Arab*, dass die Zukunft des Gazastreifens eine rein palästinensische Angelegenheit sei, und forderte die USA und andere Länder auf, keine Nachkriegsszenarien in Erwägung zu ziehen. Der bewaffnete palästinensische Widerstand werde gegen die Rückeroberung oder Besetzung irgendeines Teils des Gazastreifens durch den Staat Israel kämpfen, fügte die Gruppe hinzu.

Die *DFLP* betonte, dass der „zweite Tag“ nach dem Krieg eine Gelegenheit für das palästinensische Volk sein sollte, sein politisches System auf der Grundlage der palästinensischen nationalen Einheit und der Versöhnung innerhalb der PLO, der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, wieder aufzubauen.

(PaKo: Dieser Artikel beinhaltet nicht die Position der Palästinensischen Nationalen Initiative. Deren Generalsekretär Dr. Mustafa Barghouti hat zuletzt – am 28. Februar 2024 - in einem Interview mit *The Intercept* die Positionen seiner Partei dargelegt. Im Interview sagt Barghouti u.a.:

„... Wir haben ein Recht auf Demokratie und das Recht, unsere Führungskräfte so zu wählen, wie wir es wollen. Und der Weg zu diesem Tag der Wahlen führt natürlich über die Bildung einer sofortigen einheitlichen palästinensischen nationalen Führung und die Einsetzung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit oder einer Regierung des nationalen Konsenses, die von allen akzeptiert wird, damit sie funktionieren und arbeiten kann. Und ich nenne sie „vorläufig“, weil sie schließlich demokratische Wahlen vorbereiten muss.

Wir wollen unser Recht, unsere Repräsentanten zu wählen, ein Recht, das uns seit 2006 vorenthalten wird. Und dieser ganze Krieg, den Sie heute sehen, hätte leicht vermieden werden können, wenn wir 2021 Wahlen gehabt hätten. Alle Umfragen zeigten damals, dass keine einzige Partei in Palästina eine

Mehrheit bekommen würde, weder *Fatah* noch *Hamas*. Und wir hätten ein pluralistisches demokratisches System und eine Regierung für die Westbank und den Gazastreifen gehabt. Und vielleicht wäre die Belagerung des Gazastreifens aufgehoben worden, und vielleicht wäre dieser Krieg vermieden worden.

Aber solange die Vereinigten Staaten davon sprechen, uns vorzuschreiben, wer uns regieren soll, wird das nicht funktionieren. Wir brauchen Demokratie, wir brauchen unser demokratisches Recht, unsere Repräsentanten zu wählen. Und wir müssen diese schreckliche israelische Besatzung beenden, die die längste in der modernen Geschichte ist; 57 Jahre Besatzung und 75 Jahre Vertreibung von nicht weniger als 70 Prozent der Menschen in Palästina sind genug.

Die Apartheid, die der Staat Israel betreibt, und das System der rassistischen Diskriminierung werden keine Lösungen bringen. Nur ein System, in dem wir alle gleich sind – wir und die jüdisch-israelische Bevölkerung.....

Ich habe immer gesagt, dass Demokratie eine Voraussetzung für Frieden ist. So viele Jahre lang wollten die Israelis Führer, die sie kontrollieren können, oder Führer, die schwach sind, oder Führer, die gespalten sind, so dass sie leicht manipuliert werden können. Ich sage: Das hat keinen Frieden gebracht. Nur palästinensische Repräsentanten, die von ihrem eigenen Volk gewählt werden und denen ihr eigenes Volk vertraut, können ein faires Abkommen zwischen uns und den Israelis aushandeln. Nicht ein Abkommen wie Oslo, das uns aufgezwungen wurde, indem alle Schwächen der palästinensischen Seite ausgenutzt wurden...

Vollständiges Interview in Englisch

<https://theintercept.com/2024/02/28/intercepted-palestine-gaza-ethnic-cleansing/>

Die Position der PA

Während die Palästinensische Autonomiebehörde ebenfalls ein Ende des israelischen Krieges fordert, hat sie mit den USA, europäischen Ländern und arabischen Staaten Gespräche über die zukünftige Verwaltung des Gazastreifens geführt.

Im Dezember erklärte Hussein al-Sheikh, Leiter der Generalbehörde für zivile Angelegenheiten der Palästinensischen Autonomiebehörde, gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters nach einem Treffen mit dem Nationalen Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, dass die Palästinensische Autonomiebehörde bereit sei, den Gazastreifen nach dem Krieg zu verwalten, 2. Er betonte die Notwendigkeit einer einheitlichen Regierung für das palästinensische Gebiet.

Er räumte ein, dass die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Verhalten bewerten müsse und wies darauf hin, dass jeder nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen werden sollte. „Es ist nicht hinnehmbar, dass einige glauben, ihre Methode und ihr Vorgehen bei der Bewältigung des Konflikts mit Israel seien das Ideal und das Beste gewesen“, fügte er hinzu und richtete sich damit an die *Hamas* und andere Gruppierungen.

Dies wiederum veranlasste *Hamas*-Führer und -Sprecher Osama Hamdan zu Kritik an den Äußerungen. Ramzi Rabah, ein führender Vertreter der *DFLP*, sagte zu den Äußerungen von al-Sheikh gegenüber *TNA*: „Al-Sheikh hat kein Recht, als Vertreter der PLO zu sagen, was er gesagt hat, und seine Position spiegelt nicht die Positionen der PLO wider“.

Al-Sheikh bekräftigte die Forderung von Palästinenserpräsident Abbas nach einer internationalen Konferenz, um einen neuen Weg für den Frieden zu finden, und betonte die diplomatischen Bemühungen, den Staat Israel davon zu überzeugen, einer Zwei-Staaten-Lösung zuzustimmen, die die Westbank, den Gazastreifen und Ostjerusalem umfasst.

Er wies darauf hin, dass die USA in Gesprächen zwar verbale Unterstützung für einen palästinensischen Staat geäußert hätten, dass es aber keine konkreten Maßnahmen oder politischen Initiativen gegeben habe, um diesen zu ermöglichen, fügte er hinzu.

In der Vergangenheit hat die *Hamas* ihre Bereitschaft angedeutet, eine Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren. Der *PIJ* lehnt eine politische Lösung mit dem Staat Israel strikt ab, während die *DFLP*, die ursprünglich 1974 die Idee einer Zweistaatenlösung vorschlug, erneut bekräftigt hat, dass sie diese Lösung akzeptiert. Die *PFLP* hingegen betrachtet die Zweistaatenlösung als eine vorübergehende politische Lösung.

Als Teil der israelischen Vision für die Zeit nach dem Krieg hat Netanjahu erklärt, dass es nur einen Staat zwischen dem Fluss und dem Meer geben wird und dass es keine Möglichkeit für einen unabhängigen palästinensischen Staat als Teil einer Zweistaatenlösung gibt.

Er bekräftigte diese Position, nachdem kürzlich Berichte über einen dreistufigen Vorschlag zur Beendigung des Krieges aufgetaucht waren, der einen stufenweisen Waffenstillstand und den Austausch von israelischen und palästinensischen Gefangenen beinhalten könnte, und forderte stattdessen den „totalen Sieg“ Israels. Die *Hamas* erklärte, sie prüfe diesen Vorschlag.

Der israelische Premierminister bekräftigte außerdem, dass die israelischen Streitkräfte den Gazastreifen nicht verlassen werden, schloss die Freilassung palästinensischer Gefangener aus und wiederholte das Ziel, die *Hamas* zu eliminieren.

Dies deutet darauf hin, dass die israelische Nachkriegsvision auf wenig mehr als Vorkehrungen für die „Sicherheit“ und eine Zivilverwaltung hinausläuft, die einem „Groß-Israel“ bzw. einem Apartheidstaat mit nationalen und bürgerlichen Rechten für nur eine ethnische Gruppe ähnelt.

Ein solches Ergebnis würde nicht nur für Gaza gelten, sondern für alle Palästinenser vom Fluss bis zum Meer.

1 <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-hamas-chief-haniyeh-unity-elections>

2 <https://www.reuters.com/world/middle-east/palestinians-must-find-new-path-israeli-rule-after-war-top-official-says-2023-12-17/>

Samer Jaber ist ein politischer Aktivist und Wissenschaftler aus Jerusalem. Er promoviert derzeit im Fachbereich Politische Ökonomie an der Royal Holloway, University of London, und ist Stipendiat des Council for At-Risk Academics (CARA). Sein Schwerpunkt liegt auf der arabischen Welt und der Region des Nahen Ostens.

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/palestinian-political-perspective-gazas-future>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de